

Die Rolle der Medien in der heutigen Gesellschaft

— Publizistik und Gewaltenteilung —

JENS FEDDERSEN

Ich weiß, daß ich in einem vorwiegend wissenschaftlich orientierten und interessierten Kreis hier bin. Ich bin mir auch darüber im klaren, daß der eine oder andere von Ihnen mich hier als den Lückenbüßer für Herrn Maseberg empfinden wird. Aber ich glaube und ich hoffe, Sie in den nächsten 30 Minuten nicht allzusehr zu enttäuschen. Ich könnte mir denken, daß es gerade in diesem Kreis, wo es um sehr hohe Ziele und Zielvorstellungen geht, daß es gerade in einem solchen Kreis von einer gewissen Bedeutung sein kann, mal aus der Sicht des Mannes, der sich jeden Tag mit diesen Problemen herumzuschlagen hat, einiges zu dem Thema „Die Rolle der Medien und das Selbstverständnis der Medien“ zu hören. In dieser Richtung von der praktischen Seite her, meine Damen und Herren, will ich versuchen, einige Denkanstöße zu vermitteln.

Es ist Mode geworden, von Medienpolitik zu sprechen. Es ist ein gängiges Wort, Pressefreiheit als ein ehrendes Ziel darzustellen, und ein jeder, egal ob in Politik, Kultur oder Wirtschaft, ist natürlich auf der Seite derer, die diese Pressefreiheit stets und ständig verteidigen und große Worte dazu finden.

Wie sieht es aber denn wirklich aus? Haben wir überhaupt noch, dies wäre meine erste Frage und These zugleich, haben wir überhaupt noch eine wirklich funktionsfähige freie Presse? Die Presse ist in diesen Monaten in einer sehr schweren Existenzkrise. Wir haben sage und schreibe noch 126 Vollredaktionen in der Bundesrepublik und in Berlin. Vor einem Jahr waren es 135, vor zwei Jahren waren es 186 und vor zehn Jahren waren es einmal 400 und vor 15 Jahren waren es rd. 500. Ich will mit diesen paar Zahlen nur sagen, wie stark der Konzentrationsprozeß und der Schrumpfungsprozeß in unserer Branche ist. Dieser Prozeß wird andauern. Wenn ich heute sage, wir haben noch 126 Vollredaktionen, so gehört nicht viel Phantasie dazu zu prophezeien, daß wir in vier bis fünf Jahren unter 100, vielleicht sogar bei 80 sein werden. Um es sehr populär, sehr praxisbezogen zu sagen: Nicht das Grundgesetz, nicht politische Maßnahmen, erst recht nicht Medienpolitik, sondern — und dies sage ich etwas überspitzt — bei den Tageszeitungen, die überregionalen einmal ausgeklammert, entscheidet die Zahl der Todes- und Familienanzeigen über das Überleben. Was will ich damit sagen? Die Zeitung am Ort, die kraft ihres Anzeigenmarktes, speziell ihres Marktes in Familienanzeigen, die stärkste ist, wird überleben. In großen Industrieregionen sicherlich hier und da auch

noch die zweite, in keinem Fall aber die dritte Zeitung, und in Klein- und Mittelstädten bleibt es eben bei der Zeitung, die die meisten Todesanzeigen hat. So bissig und vielleicht auch ironisch dies klingen mag, dies aber ist der klar erkennbare Tatbestand. Wir haben schon heute — wie Sie wissen — in einer ganzen Reihe von Bundesländern — Nordrhein-Westfalen als einziges Land ausgeklammert — die Situation der sogenannten weißen Kreise, also Landkreise, in denen es nur noch eine Zeitung gibt. Ich gehöre nicht zu denen, die sagen, daß mit diesem Schrumpfungsprozeß, mit dieser Konzentration auf eine einzige Zeitung das Ende der Pressefreiheit gekommen ist. Aber wir können auch nicht die Augen vor der Tatsache verschließen, daß es auch Zeitungshäuser, Verleger gibt, die ihre Monopolstellung in erheblichem Maße mißbrauchen. Ich sage nicht, daß das die Verleger tun, ich sage aber, daß es einige Verleger tun, daß sie doch einen so starken Einfluß auf die redaktionelle Gestaltung, auf die Berichterstattung ausüben, daß die Vielfalt der Information im lokalen, im regionalen Bereich in der Tat nicht mehr gegeben ist. Aber ich sage Ihnen auch ganz offen, es gibt kein Patentrezept, diese Entwicklung zurückzuschrauben oder die sich abzeichnende weitere Entwicklung zu sogenannten weißen Kreisen etwa gar zu verhindern. Dies muß man ganz klar sehen.

Wie sieht es nun heute aus, wenn in akademischen Kreisen und in politischen Zirkeln über Pressefreiheit und über Verantwortung der Presse diskutiert wird? Sehr schön, könnte ich sagen. Nur in der gegenwärtigen Situation, bei einem so gewaltigen Kostendruck, den selbst große Zeitungen erdulden und ertragen müssen, sieht es doch sehr spärlich aus. Lassen Sie mich das an einigen Beispielen und mit ein paar Zahlen untermauern. Die Papierkosten, und das ist ja ein wichtiger Faktor in jedem Zeitungsbetrieb, sind in den letzten Monaten um 30 % gestiegen und werden bis zum Sommer dieses Jahres um insgesamt 55 % steigen. Eine weit stärkere Steigerung als im Öl- und Rohstoffbereich. Wir haben wieder den Koreapreis erreicht, erreichen ihn am 1. Juli, um genau zu sein, mit 91 DM für 100 kg. Wir haben es im Bereich der Technik dank der gewerkschaftlichen „Tüchtigkeit“ mit den höchsten Löhnen überhaupt, die in der deutschen Industrie gezahlt werden, zu tun. Keine andere Branche ist so lohnintensiv wie gerade die Zeitungsbranche. Wir haben darüber hinaus es mit einer offiziellen Regierungspolitik zu tun, ich sage dies völlig wertfrei, die geradezu als eine Art flankierende Maßnahmen zur Vermehrung der Schwierigkeiten, der geschäftlichen, der wirtschaftlichen Schwierigkeiten im Pressebereich, zu verstehen ist. Stichworte Postgebühren, Telexgebühren, Fernspreckgebühren und darüber hinaus als ein sehr wesentlicher Punkt der allgemeine Anti-Werbungstrend, der sich wie ein Leitfaden — möchte ich schon sagen — durch die offizielle Politik der gegenwärtigen Regierung zieht. Der aber auch sicherlich nicht zu verstehen und zu erklären ist ohne die gesellschaftspolitische Entwicklung der letzten Jahre. Wir erleben es Monat für Monat, daß versucht wird, auf diesem oder jenem Gebiet, und nicht nur eben bei Tabakwaren und

nicht nur bei Alkohol, die Werbung zu beschneiden. Im Grunde genommen haben wir es mit einer Tendenz zu tun, die in ultralinken Zirkeln natürlich ihre Wurzeln hat. Ohne Werbung wäre alles billiger und vielleicht auch besser. Mit dieser törichten Argumentation haben wir uns auseinanderzusetzen. Wir müssen aber registrieren, daß offenbar diese Art von Argumentation und Propaganda schon Wirkung gezeigt hat. Hinzu kommt natürlich, daß einzelne Anzeigenmärkte bis zu 50 und 60 % geschrumpft sind. Der Gesamtanzeigenanteilumsatz ist um rund 30, 25 % in den letzten Monaten, zurückgegangen. Dies sind die nackten Zahlen, und die zeigen Ihnen und müssen Ihnen zeigen die rauhe Wirklichkeit. Es gibt keinen anderen Industriebereich, und wir müssen ja bei Zeitungsunternehmen auch von Industriebereich sprechen, in dem seit Monaten so einschneidend gespart wird, gespart werden muß, und wo so stark das Kostendenken verwurzelt ist wie eben in Zeitungsbereichen. Wenn jemand von Ihnen oder in der Öffentlichkeit überhaupt die Vorstellung hat, daß ein Chefredakteur oder einer, der in einem Zeitungshaus besondere Verantwortung im redaktionellen Bereich zu tragen hat, sich heute noch leisten könnte, in seinem Zimmer zu sitzen und etwa Unterlagen zu studieren und dann in der Woche ein oder zwei kluge Artikel zu schreiben, da ist er, nehmen Sie mir bitte die offene Sprache nicht übel, auf dem Holzweg. Das, was heute 95 % der Arbeit eines Verantwortung tragenden Journalisten in einem größeren oder großen Zeitungshaus ausmacht, ist Kostendenken, reine Organisation, Etatdenken in einer gut verstandenen Partnerschaft mit dem Verlag, und anders kann es ja auch gar nicht sein. Wie gesagt, diese paar einleitenden Bemerkungen zur Situation unserer Branche mögen Ihnen deutlich machen, daß wir gegenwärtig alles tun müssen, um überhaupt noch funktionsfähig im Sinne unseres Auftrages zu bleiben, auch im Sinne der Information des Lesers und des Bürgers.

Nun ein anderes Thema, ein anderer Gedanke, meine Damen und Herren, der sich im Grunde genommen, und ich hoffe, daß Sie das Empfinden haben, nahtlos in die eingangs gemachten Bemerkungen über die Zeitungslandschaft überhaupt einführt. Mit was für einem Journalismus in den einzelnen Medien haben wir es heute zu tun, und von wo, von welcher Seite oder welchen Seiten geht überhaupt die Bedrohung der Pressefreiheit im weit verstandenen Sinne, mit Presse meine ich jetzt nicht nur Zeitungen, aus? Welcher Journalismus, diejenigen meiner Generation, wenn Sie so wollen, der Nachkriegsgeneration, die also nach dem Krieg nach Ausbildung, nach Studium in den Beruf hineingekommen sind, haben sich, ich glaube, das kann ganz allgemein ohne nennenswerten Widerspruch, und Ausnahmen bestätigen nur die Regel, gesagt werden, haben sich doch an dem angelsächsischen Beispiel orientiert, sind auch angelsächsisch geprägt. Stichwort: Die Nachricht ist heilig, die Meinung ist völlig frei. Mit dieser Grundeinstellung ist eine ganze Journalistengeneration nach dem Krieg aufgewachsen. Dies ist jene Generation gewesen, die den exakten Recherchenjournalismus zum Postulat gemacht hat, und sich auch in der Aus-

bildung von Nachwuchskräften, viele Zeitungen haben ja eigene Volontärschulen, bei mir ist das auch der Fall, immer wieder bemüht hat, diese Grundanfordernisse eines sauberen, exakt recherchierenden Journalismus deutlich zu machen. Ich brauche hier nicht einzugehen im einzelnen auf die gesellschaftspolitischen Umschichtungen und Entwicklungen, wie sie sich seit 66/67/68, Stichwort: Dutschke, Stichwort: Anti-Springer-Demonstrationen, Springer als der große Buhmann, entwickelt haben, die kann man in diesem Kreise als bekannt voraussetzen. Aber in starkem Maße in allen Rundfunk- und Fernsehanstalten und auch bei einigen Zeitungsredaktionen ist eine breite Gruppe von Nachwuchsjournalisten, Politologen, in erster Linie Sozialwissenschaftler, in den Beruf gekommen, die sich eben nicht mehr dem Recherchenjournalismus verpflichtet fühlt, sondern eine Art Bekenntnisjournalismus pflegt. Bekenntnisjournalismus, was heißt das:

1. Nicht mehr saubere Trennung zwischen Nachricht und Kommentar;
2. bei allem, was journalistisch angepackt wird, bei allem, was dieser Schicht von Kollegen aufgetragen wird, versuchen sie, die eigenen gesellschaftspolitischen Vorstellungen — in der Regel extrem linke Vorstellungen — dem Leser weiterzugeben und das Medium Zeitung, Rundfunk oder Fernsehen nicht eben als reines Informationsmedium, sondern als, wenn Sie so wollen, Transmissionsriemen für die Vermittlung der eigenen Vorstellung zu benutzen.

Wir haben das heute in ganz starkem Maße in fast allen zweiten und dritten Rundfunk- und Fernsehprogrammen, in besonderem Maße wohl im Norddeutschen Rundfunk und im Westdeutschen Rundfunk. Wir haben dies auch in einigen Publikumszeitschriften und in einigen Tageszeitungen.

Hier, meine Damen und Herren, wird das Privileg, das der Journalist hat, das Privileg, das das Medium hat, in für mich jedenfalls erschreckender Weise mißbraucht. Ferner, dies wäre der dritte Grundgesichtspunkt für meine 30, 35 Minuten: Wo geht die Entwicklung hin? Ich will jetzt nicht von Medienpolitik reden, und ich habe Ihr kurzes einleitendes Referat mir einmal angeschaut, Herr Minister, Sie haben auch gesagt, dies solle keine Vermehrung der vielen medienpolitischen Tagungen sein. Das ist richtig. Aber wenn von Ihrer Warte aus über Pressefreiheit und über Sicherung der Pressefreiheit gesprochen wird, dann ja doch sicher in dem Bemühen, dies alles zur Demokratie und Freiheitsraumsicherung zu bewahren, und dann müssen Sie einfach wissen, wo denn nun wirklich die bedrohenden Faktoren liegen. Sie liegen nach meiner Meinung nicht, wie viele von uns das früher geglaubt haben, etwa in staatlicher Willkür. Ich sehe Herrn Gerstenmaier da, wenn ich an die Zeiten denke, wo die Presse sich leidenschaftlich über den Versuch, es war wohl nicht mehr als ein Versuch des damaligen Außenministers Brentano, aufgeregt hat, eine Lex Soraya, lang ist es her, zu verabschieden, die also die Presse zwingen

sollte, im Umgang mit ausländischen Staatsoberhäuptern, Regierungschefs etwas vorsichtiger zu sein, als sie es damals war und auch heute ist. Wie gesagt, diese Art der Bedrohung, die ist heute nicht mehr gegeben, die sieht jedenfalls keiner von uns, der in der Praxis steht. Die Bedrohung ist von einer ganz anderen Seite gegeben, sie ist eine gesellschaftspolitische Bedrohung, sie geht von Teilen der Gewerkschaft über Teile der journalistischen Berufsorganisation bis in Teile der Parteien und in Teile der Regierung. Sie ist mit der Versuch, Zensur auszuüben durch Kräfte, die weder dem Verlag noch der Redaktion, also nicht dem eigentlichen Zeitungsunternehmen, angehören, sondern draußen stehen, von draußen her versuchen, Einfluß zu nehmen. Das geht so weit, daß ja von bestimmter Seite schon der offizielle Anspruch angemeldet worden ist, ein Mitbestimmungsrecht der Setzer und der Zeitungsboten zu haben. Mitbestimmung bis zur Zensur, also zur Mitsprache und Mitentscheidung darüber, was eine Redaktion veröffentlichen darf oder was sie nicht veröffentlichen darf. Wenn Sie da den Bogen noch etwas weiter spannen und sehen die Bemühungen, den Tendenzschutz, ich brauche diesen Begriff hier in diesem Kreise nicht zu erläutern, abzuschaffen, dann können Sie sich, sollte dies gelingen, den Zeitpunkt ausrechnen, an dem es eine gewerkschaftliche Wohlverhaltensdatenbank für Journalisten selbst bei den drei, vier, fünf großen Zeitungskonzernen, die wir in der Bundesrepublik haben, geben wird. Und selbst große und mittlere Zeitungen würden wohl eingespeichert in diese gewerkschaftliche Wohlverhaltensdatenbank, denn die Bestrebungen gehen ja auch dahin, Tageszeitungen nicht nur von der Zahl her mit Verlags- und Redaktionsangestellten zu messen, sondern die Zeitungszusteller einzubeziehen. Nehmen Sie den Fall einer der großen regionalen Tageszeitungen, wie meiner z. B., oder nehmen Sie die „Rheinische Post“, die kommen natürlich mit ihren Zeitungszustellern sehr leicht auf einen Personalbestand von 2500 bis 3000; würden also ebenfalls unter diese Art der Mitbestimmung fallen. Ich will hier keine Schreckgespenster an die Wand malen, und bitte verstehen Sie mich nicht als jemanden, der nun etwa an der Klagemauer steht, dies ist nie meine Art gewesen. Es gibt sehr viele in unserer Branche, die immer noch den Mut zur offensiven Auseinandersetzung haben. Es gibt mehr davon in der privatwirtschaftlich organisierten Presse, als es sie in den Rundfunkanstalten gibt. In den Rundfunkanstalten hat sich leider Gottes, wenn ich dies etwas abschweifend sagen darf, ein Opportunismus, ein Hang zum Opportunismus selbst bei gestandenen und Verantwortung tragenden Direktoren, Chefredakteuren, Abteilungsleitern, Hauptabteilungsleitern breitgemacht, den ich für verhängnisvoll empfinde.

Diese Herren merken nicht, daß sie einfach ausgepunktet werden. Auch dies gehört zum Thema Bedrohung der Pressefreiheit und Abschnürung der tatsächlichen Informationsfreiheit, und dies gehört weit mehr zum Thema Manipulation des täglichen Informationsangebotes als alles andere. Parallel, um hier den gedanklichen Schluß zu finden, meine Damen und Herren, ist zu sehen

neben der gewerkschaftlichen Einflußnahme auf der hohen und höchsten Ebene, ist natürlich zu sehen seit ein, zwei Jahren und in immer stärkerem Maße der Versuch von Teilen der journalistischen Organisationen, zu Abschlüssen über Redaktionsstatuten zu kommen. Auch hier sollte die Front da aufgebrochen werden können, und es gibt leider Anzeichen, Westfälische Rundschau, Hamburger Morgenpost sind zwei von immerhin großen Zeitungen, wo es gelungen ist, solche Statuten schon anzubringen. Ich darf Ihnen nur empfehlen, wenn über Pressefreiheit gesprochen wird, sehen Sie sich diese Statuten an und sehen Sie und erkennen Sie, daß diese Statuten nichts anderes sind als die Festschreibung und Festlegung der Mitbestimmung der Unqualifizierten und der Versuch der Ausschaltung der wirklich Qualifizierten. Gerade in diesen Wochen wird in Nordrhein-Westfalen, um dies aus der Praxis hier noch beizusteuern, der Versuch unternommen, von seiten der DJU bei allen dort erscheinenden Tageszeitungen ein Redaktionsstatut abzuschließen. Es findet eine Vielzahl von Versammlungen statt, es finden auch Gespräche in den einzelnen Verlagshäusern statt. Es ist geradezu grotesk für jemanden, der in der Praxis steht und die Verantwortung zu tragen hat, zu sehen, welche Gremien mit journalistischen Fragen beschäftigt werden sollen: das beginnt beim Sprecher eines Ressorts, beim Sprecher der Volontäre, dann wird versucht, einen Außenstehenden noch mit hineinzugeben, wenn keine Einigung der Redaktion mit einem einzelnen Autor, dann mit seinem Ressort, dann mit dem stellvertretenden Chefredakteur, dann mit dem Chefredakteur und dann also auch noch mit dem Verleger erzielt wird. Eine Vielzahl, ich will das kurzfassen, von Gremien, von Organisationen soll gegründet werden, um in Streitfällen dann zu einer Lösung zu kommen. Wer in der Praxis steht, kann dies eben nur als den gezielten und gesteuerten Versuch, die Herrschaft in den Redaktionen zu übernehmen, ansehen — als nichts anderes! Denn wie funktioniert es denn in großen Zeitungen? Das ist doch ein wahnwitziger Irrglaube, etwa anzunehmen, daß die Redaktionen oder der Chefredakteur jeden Morgen sich überlegen, was mag denn also dein großer, allmächtiger Verleger heute denken, welcher Stimmung ist er, ist er guter Laune oder ist er schlechter Laune, ist er mit dem linken oder rechten Bein aufgewacht, und was mußt du also heute nun schreiben? Aber ich sage das deshalb etwas überspitzt, weil ja auch in vieler Literatur von linker Seite dieses Zerrbild gezeichnet wird. Die Tatsache ist doch — Ausnahmen bestätigen die Regel —, aber die wird es immer geben, ob mit Statut oder ohne Statut, die Regel ist doch, daß in einer gestandenen Redaktion jeden Tag in mindestens einer Konferenz, der sogenannten eigentlich schon klassisch zu nennenden Redaktionskonferenz, Meinungen und Argumente ausgetauscht werden, daß abgewogen wird, daß der Rat und die Kenntnis eines Fachmannes, nehmen wir an des militärpolitischen Redakteurs oder des Wissenschaftsredakteurs oder des Kulturredakteurs oder des Zuständigen für bildende Kunst, natürlich mit eingebracht werden in die Gesamtdiskussion. Da wird ja dann der Konsensus zum Blattmachen doch hergestellt, und die Zeiten, wo also

ein Chefredakteur glaubte, er könne sagen Punkt 1, Punkt 2, Punkt 3, dies wird so, so, so gemacht, die hat es sicherlich einmal gegeben, aber die sind mindestens zehn Jahre her. Ich kann Ihnen nur sagen, ich kenne keinen Chefredakteur, zumindest nicht von einer einigermaßen bedeutenden Tageszeitung, der weder gewillt noch überhaupt in der Lage wäre, seine Redaktion etwa nach solchen Prinzipien zu führen. Dies würde auch gar nicht mehr gehen. Da ist die Zeit einfach darüber hinweggegangen. Ich glaube sagen zu können, daß nirgendwo anders der Begriff des Teamgeistes und des gemeinsamen Erarbeitens der täglich sich in Kommentaren äußernden Meinung so stark ist, wie gerade in großen Tageszeitungen. Daß dies überhaupt möglich ist, setzt natürlich wirtschaftlich starke, wirtschaftlich durch und durch gesunde Verlage voraus. Meine Damen und Herren, ich wage die These, daß die beste Sicherung der Pressefreiheit nichts anderes ist als starke, leistungsstarke, leistungsfähige, kerngesunde Verlage. Und hiermit bin ich am Schluß, denn ich darf Sie erinnern, was ich zu Anfang über die Situation der Presse und über die Vielzahl der Dinge, die auf die Zeitungshäuser in den letzten Monaten herabgeprasselt sind, sagte, vom Papier über die Lohnkosten bis zum Schwund der Anzeigenmärkte und last not least der pressefeindlichen Tendenz in Werbung und in Kommunikation, wie wir sie eben bei dieser Regierung, wie mir scheint, in erschreckendem Maße erleben. Wie gesagt, hier schließt sich der Kreis.

Ich hoffe, daß Ihnen, nun sind es doch 40 Minuten geworden, daß diese 40 Minuten, meine Damen und Herren, wenigstens aus der Praxis heraus einen kleinen Einblick in das gegeben haben, womit wir uns zum Thema Pressefreiheit Tag für Tag, Monat für Monat zu beschäftigen haben, und ich würde mich freuen, wenn Sie das Gefühl mitnehmen, doch den einen oder anderen kleinen Denkanstoß zu dieser Frage bekommen zu haben.